

Politiker sollen Planer zu Kompromiss bewegen

Bürgermeister Heinz Winkler setzt in Sachen Ortsumfahrung auf die Unterstützung der Politik. Diese haben ihn gestern die CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Weiß und Stefan Bilger zugesagt. Der Ratshauchef informierte über den derzeitigen Stand der Planungen und die Forderungen der Haslacher. Er machte auch deutlich, dass die Haslacher Tunnelforderung weiterhin stehe, da es eine große Skepsis gebe, dass einmal von den Planern eine ausreichend verbesserte oberirdische Variante präsentiert werde.

Kampf gegen Windmühlen geht weiter

B33-Ortsumfahrung | CDU-Bundespolitiker informieren sich / Neuer Prüfauftrag für Regierungspräsidium

Bürgermeister Heinz Winkler setzt in Sachen Ortsumfahrung im Kampf gegen »planerische Windmühlen« auf die Unterstützung der Politik. Diese haben ihn gestern die CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Weiß und Stefan Bilger zugesagt.

■ Von Lars Reutter

Haslach. Bilger ist Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestags und als Länderberichterstatter zuständig für Baden-Württemberg. Bürgermeister Heinz Winkler informierte über den derzeitigen Stand der Planungen für die Ortsumfahrung, die im Kinzigtal allseits bekannten Problemlagen und die Wünsche der Haslacher. »Wir brauchen einen Kompromiss zwischen den rechtlichen und finanziellen Restriktionen der Planer und den Wünschen der Haslacher nach einer menschen- und landschaftlich-vertäglichen Lösung«, sagte Winkler. »Meine feste Überzeugung ist, dass wir diesen Kompromiss nur mit der Unterstützung der Politik bekommen«, fügte er an.

Winkler machte auch deutlich, dass die Haslacher Tunnelforderung weiterhin stehe, da es eine große Skepsis gebe, dass einmal von den Planern eine ausreichend verbesserte oberirdische Variante präsentiert werde. »Kosmetische Veränderungen der Planungen werden den Haslachern nicht reichen«, sagte der Bürgermeister.

In Sachen Zweispurigkeit



Wollen eine Umfahrungslösung erreichen (von links): Marion Gentges, Karla Mahne, Hans Peter Heizmann, Heinz Winkler, Peter Weiß und Stefan Bilger

Foto: Reutter

hat Winkler nach Mitteilung des Regierungspräsidiums (RP) den Eindruck, dass auf die Dreispurigkeit nicht bestanden wird. Über diese Thematik habe es nach dem Besuch der Haslacher Kommunalpolitiker in Freiburg (wir

haben berichtet) ein Gespräch mit dem Stuttgarter Verkehrsministerium gegeben. Noch überhaupt keine Lösung sei derzeit aber im Westen und Osten in Sicht. Der Bürgermeister gab bekannt, dass das RP innerhalb der kommenden

zwei Monate einen neuen Prüfauftrag abgearbeitet haben will.

Als Forderungen nannte Winkler für den Westen einen Kreisverkehr oder alternativ eine stark versetzte Brücke, wie sie 2006 geplant ge-

wesen sei. Im Osten sollte auf eine Brücke zugunsten einer Unterführung verzichtet werden. Gebe es nur in einem der beiden Punkte ein Entgegenkommen, sehe er keine Mehrheit für eine oberirdische Lösung im Haslacher Rat.

Aus Bonn hat Winkler allerdings am gestrigen Morgen eine Mitteilung bekommen, dass ein bereits vor rund 20 Jahren geprüfter Kreisverkehr für den Anschluss im Westen weiterhin abgelehnt werde.

Bilger und Weis erklärten dazu unisono, dass die Planer generell gegen Kreisverkehre auf Bundesstraßen seien, aber in diesem Punkt durchaus schon Ausnahmen gemacht wurden. Ohne zu große Erwartungen wecken zu wollen, möchten die CDU-Politiker diesen Wunsch daher unterstützen.

Zudem luden sie Winkler zeitnah zu einem Gespräch mit Norbert Barthle nach Berlin ein. Barthel ist parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und hatte sich im vergangenen Jahr in Haslach über die Ortsumfahrung informiert (wir haben berichtet).

Abschließend betonten Bilger und Weis, dass die Haslacher Ortsumfahrung nicht Gefahr laufe aus dem vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegplans doch noch herauszufallen. »Wir haben in der Koalition das Ziel, dass die Projekte im vordringlichen Bedarf dort nicht nur stehen, sondern auch gebaut werden«, sagte Bilger. Nötig ist dafür laut Weiß aber erst ein Konsens in Haslach. Dabei schlossen die beiden Christdemokraten aber aus, dass jemals die Gelder für einen Tunnel bereit gestellt werden.